

Digitalisierung heißt Teilhabe – München geht den nächsten Schritt

Digitalisierung heißt Teilhabe – München geht den nächsten Schritt
Antrag Nr. 20-26 / A 00953 der Fraktionen DIE GRÜNEN - ROSA LISTE und SPD / Volt vom
26.01.2021

Pragmatische Lösung für Sitzungen der Bezirksausschüsse
Antrag Nr. 20-26 / A 01318 von Frau StRin Dr. Evelyne Menges, Herrn StR Matthias Stadler,
Frau StRin Sabine Bär vom 15.04.2021

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 05482

- 2 Anlagen
- Stadtratsanträge
 - Stellungnahmen

Beschluss des IT-Ausschusses vom 16.02.2022 (SB)

Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis

I. Vortrag des Referenten.....	2
Zusammenfassung.....	2
1. StR-Antrag 20-26 / A 00953: Digitalisierung heißt Teilhabe – München geht den nächsten Schritt.....	3
2. Antrag Nr. 20-26 / A 01318 von Frau StRin Dr. Evelyne Menges, Herrn StR Matthias Stadler, Frau StRin Sabine Bär vom 15.04.2021: Pragmatische Lösung für Sitzungen der Bezirksausschüsse und Änderungsantrag der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN / ROSA LISTE und SPD / Volt in der Sitzung des IT-Ausschusses am 21.07.2021 zum Beschluss „Digitalisierung heißt Teilhabe – München geht den nächsten Schritt“	4
3. Beteiligungen.....	5
II. Antrag des Referenten.....	6
III. Beschluss.....	6

I. Vortrag des Referenten

Zusammenfassung

Die genannten Stadtratsanträge wurden bereits in mehreren Beschlüssen behandelt und die Stadtverwaltung mit entsprechenden Aufgaben betraut. Auf die bisherigen Ergebnisse wird verwiesen bzw. Bezug genommen. Gegenstand dieser Beschlussvorlage ist der Sachstand zu den oben genannten Stadtratsanträgen, behandelt im IT-Ausschuss im Juli 2021, soweit sie noch nicht geschäftsordnungsgemäß erledigt sind, sowie der Sachstand zum Änderungsantrag der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN / ROSA LISTE und SPD / Volt zum Beschluss „Digitalisierung heißt Teilhabe – München geht den nächsten Schritt“ in der Sitzung des IT-Ausschusses am 21.07.2021 hinsichtlich dessen „Punkt 5 neu“ („Digitalkoffer für BAs“). Die zwei ursprünglichen Anträge und der Änderungsantrag stehen in einem thematischen Zusammenhang.

Mit Beschluss im IT-Ausschuss am 21.07. blieben u. a. diese zwei Stadtratsanträge „aufgegriffen“. Der Änderungsantrag in „Punkt 5 neu“ bezieht sich auf den Antrag Nr. 20-26 / A 01318 von Frau StRin Dr. Evelyne Menges, Herrn StR Matthias Stadler, Frau StRin Sabine Bär vom 15.04.2021: Pragmatische Lösung für Sitzungen der Bezirksausschüsse (BA).

Hinweis:

Der mit Beschluss im IT-Ausschuss am 21.07.2021 als „aufgegriffen“ geltende Stadtratsantrag Nr. 20-26 / A 01317 „Pragmatische Lösung für Stadtratssitzungen“ wurde mit Beschluss der Vollversammlung am 29.09.2021 zu „Hybridsitzungen für den Stadtrat; Proof of Concept“ (vgl. Sitzungsvorlage 20-26 / V 04377) geschäftsordnungsgemäß erledigt.

Der BA-Antrag Nr. 20-26 / B 02024 „Neue Möglichkeiten der Sitzungsteilnahme schnellstmöglich nutzen“ des Bezirksausschusses des Stadtbezirkes 01 - Altstadt-Lehel vom 23.03.2021 war mit Beschluss des IT-Ausschusses am 21.07.2021 geschäftsordnungsgemäß erledigt worden.

StR-Antrag 20-26 / A 00953: Digitalisierung heißt Teilhabe – München geht den nächsten Schritt.

Digitale Bürger*innensprechstunde / Online-Plattform für Video-Konferenzen / Digitale Bürger*innenversammlung / Anpassung des bestehenden Rechtsrahmens, um digitale Sitzungen zu ermöglichen

Ein gesamtstädtisches Konzept für die Bürger*innenbeteiligung wird vom Direktorium im ersten Quartal 2022 in den Stadtrat eingebracht werden. Parallel erfolgt auf der bereitgestellten technischen Implementierung der Open Source Beteiligungsplattform CONSUL die Pilotierung mindestens eines konkreten digitalen Bürger*innenbeteiligungsverfahrens und die weitere Erprobung bis zur Jahresmitte 2022. Der Rechtsrahmens, um Gremiensitzungen in den Kommunen zusätzlich mit Ton-Bild-Übertragung zu ermöglichen, war im Frühjahr 2021 durch den Landesgesetzgeber angepasst worden. In München wurden im Oktober des vergangenen Jahres zwei Ausschusssitzungen des Stadtrats in hybrider Form durchgeführt.

Antrag Nr. 20-26 / A 01318 von Frau StRin Dr. Evelyne Menges, Herrn StR Matthias Stadler, Frau StRin Sabine Bär vom 15.04.2021: Pragmatische Lösung für Sitzungen der Bezirksausschüsse

und

Änderungsantrag der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN / ROSA LISTE und SPD / Volt

in der Sitzung des IT-Ausschusses am 21.07.2021 zum Beschluss „Digitalisierung heißt Teilhabe – München geht den nächsten Schritt“

Mit dem Änderungsantrag (Punkt 5 neu) wurde das IT-Referat beauftragt unter Beteiligung des Kulturreferats zu prüfen, ob die Abteilung Veranstaltungstechnik „Digitalkoffer“ mit entsprechendem Equipment für die BA-Geschäftsstellen zusammenstellen kann, um den Bezirksausschüssen die Durchführung von Hybridsitzungen zu ermöglichen; des Weiteren sollten entsprechende Schulungsangebote und eine mögliche Begleitung bei der Einführung des Digitalkoffers geprüft werden.

1. StR-Antrag 20-26 / A 00953: Digitalisierung heißt Teilhabe – München geht den nächsten Schritt.

Digitale Bürger*innensprechstunde / Online-Plattform für Video-Konferenzen / Digitale Bürger*innenversammlung / Anpassung des bestehenden Rechtsrahmens, um digitale Sitzungen zu ermöglichen

Der Stadtrat hat im Rahmen der Fortführung des Projektes E- und Open-Government 2021 (vgl. Stadtratsvorlage Nr. 20-26 / V 01787) beschlossen, dass unter Federführung des Direktoriums ein gesamtstädtisches Konzept für die analoge und digitale diskriminierungsfreie Bürger*innenbeteiligung in München entwickelt und in den Stadtrat eingebracht werden soll. Bei der Erstellung dieses Konzepts sollte auch der Aspekt eines direkten digitalen Austausches der Bürger*innen mit der Verwaltung/Politik betrachtet werden - stadtweit und auf Ebene der Stadtbezirke. Dieses Konzept liegt inzwischen vor und wurde den Stadtrats- und den BA-Mitgliedern vorab zur Kenntnis gegeben; in den Stadtrat wird es vom Direktorium im ersten Quartal 2022 eingebracht werden.

In 2021 erfolgte durch das IT-Referat die technische Implementierung der Open Source Beteiligungsplattform CONSUL mit der Pilotierung mindestens eines konkreten digitalen Bürger*innenbeteiligungsverfahrens sowie die weitere Erprobung bis zur Jahresmitte 2022. Im Anschluss daran wird das IT-Referat eine Stadtratsentscheidung für die dauerhafte Bereitstellung des IT-Services für die digitale Bürger*innenbeteiligung herbeiführen. Neben der Erprobung von CONSUL soll nach der Beschlussfassung des Stadtrats die konkrete Weiterentwicklung der IT-Komponenten, die zur Umsetzung der digitalen Bürger*innenbeteiligung gemäß dem gesamtstädtischen Konzept benötigt werden, nach den Planungen des IT-Referats erfolgen. Für die Bürger*innenpartizipation ist eine Lösung zur technischen Unterstützung erforderlich, die verschiedene Formen der Bürger*innenbeteiligung ermöglicht, wie Umfragen, Diskussionen, Vorschläge, Abstimmungen.

Die Anpassung des Rechtsrahmens, um digitale Gremiensitzungen in den Kommunen zu ermöglichen, ist inzwischen durch den Landesgesetzgeber erfolgt. Die Bayer. Gemeindeordnung wurde im Frühjahr 2021 entsprechend angepasst. Die Gemeinden und Städte dürfen, zunächst befristet bis Ende 2022, den Gremienmitgliedern eine Sitzungsteilnahme von außerhalb durch Ton-Bild-Übertragung anbieten. In München wurden bereits zwei Ausschusssitzungen des Stadtrats in hybrider Form durchgeführt (Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft am 12.10.2021 und IT-Ausschuss am 13.10.2021). Der ursprüngliche Antrag dazu „Pragmatische Lösung für Stadtratssitzungen“ (Nr. 20-26 / A 01317 von Frau Stadträtin Dr. Evelyne Menges, Herrn Stadtrat Matthias Stadler, Frau Stadträtin Sabine Bär vom 15.04.2021) wurde mit Beschluss der Vollversammlung am 29.02.2021 geschäftsordnungsgemäß behandelt.

Da noch nicht alle Antragsgegenstände des Antrags 20-26 / A 00953: „Digitalisierung heißt Teilhabe – München geht den nächsten Schritt“ abschließend umgesetzt sind, gilt dieser weiterhin als aufgegriffen bis Ende Q4/2022.

2. Antrag Nr. 20-26 / A 01318 von Frau StRin Dr. Evelyne Menges, Herrn StR Matthias Stadler, Frau StRin Sabine Bär vom 15.04.2021: Pragmatische Lösung für Sitzungen der Bezirksausschüsse

und

Änderungsantrag der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN / ROSA LISTE und SPD / Volt in der Sitzung des IT-Ausschusses am 21.07.2021 zum Beschluss „Digitalisierung heißt Teilhabe – München geht den nächsten Schritt“

Der Änderungsantrag aus dem IT-Ausschuss am 21.07.2021 lautet im „Punkt 5 neu“:

„Das IT-Referat wird beauftragt, unter Beteiligung des Kulturreferats zu prüfen, ob die Abteilung Veranstaltungstechnik "Digitalkoffer" mit entsprechendem Equipment für die BA-Geschäftsstellen zusammenstellen kann, um den Bezirksausschüssen Hybridsitzungen zu ermöglichen. Des Weiteren soll geprüft werden, ob die Entwicklung von Schulungsangeboten und eine Begleitung zur Einführung des Digitalkoffers für die Bezirksausschüsse und BA-Geschäftsstellen möglich ist und welche Voraussetzungen dafür notwendig wären.“

„Digitalkoffer“ für Hybridsitzungen der Bezirksausschüsse vs. Medientechnik

Die Aufgabenstellung ist schon deshalb komplex, da pro Jahr rund 330 BA-Sitzungen und mehr als 1.000 Unterausschuss-Sitzungen an ca. 50 verschiedenen Lokationen stattfinden.

Die Geschäftsstellenleitung des BgA Veranstaltungstechnik hat jüngst die bereits in seiner Stellungnahme zur Beschlussvorlage für den 21.07.2021 getroffenen Aussagen zu den fehlenden Ressourcen bekräftigt. Der BgA habe keine Technik im erforderlichen Umfang und kein ausreichendes Personal für eine Unterstützung hybrider BA-Sitzungen; aktuell seien dort zudem einige Stellen unbesetzt.

Der Änderungsantrag verweist auf den Lösungsansatz, Technik in gebrauchsfertiger Form i. S. e. „Digitalkoffers“ einzusetzen. Wesentlich dabei ist: Es müsste ein einfach zu handhabendes ‚Koffersystem‘ zur Verfügung stehen, mittels dessen alle entsprechenden Anforderungen abgedeckt werden können; v. a. müsste es von den BA-Mitgliedern und / oder den Beschäftigten der BA-Geschäftsstellen selbständig auf- und abgebaut und ebenso selbständig bedient werden können. Denn auch das RIT kann, auch nicht zusammen mit dem BgA, im Rahmen der personellen Kapazitäten diese Vielzahl an BA-Termine pro Jahr an verschiedensten Orten bei der hybriden Durchführung der Sitzungen unterstützen, in dem es die dort einzusetzende Technik betreut.

Ein entsprechendes ‚Koffersystem‘ müsste kompatibel mit der bestehenden Webex-Software und künftigen OpenSource Lösungen der LHM sein. Ebenso müssten Wartungen an den Systemen jederzeit möglich sein. Organisatorische Belange wie die sichere Aufbewahrung der ‚Koffersysteme‘ außerhalb der Sitzungstermine müsste von den zuständigen Stellen (BA-Geschäftsstellen mit den einzelnen BA) geklärt werden.

Im Ergebnis werden mindestens zwei bis drei Kamerasysteme, Lautsprecher und Mikrofone, mindestens ein Laptop für die Einwahl in die Videokonferenz, ein bei Tageslicht geeigneter Beamer oder großes Display und Spezialsoftware zur Mischung der verschiedenen Videosignale und des Audiosignales benötigt. Alle Systeme müssen per USB an einen Konferenz-Laptop angebunden werden können. Zudem muss an allen Örtlichkeiten eine ausreichende Internetbandbreite zur Verfügung stehen (bei einigen Lokationen ist kein LTE Empfang vorhanden).

Im Rahmen des virtuellen, internen BA-Vorsitzenden-Treffens am 01. Dezember 2021 wurde u. a. auch das Thema Hybridsitzungen besprochen und von Seiten it@m über den aktuellen Stand der Marktsichtung informiert.

it@m hat inzwischen Gespräche mit mehreren auf Videokonferenzen spezialisierte Unternehmen bzw. Herstellern von Videokonferenztechnik aufgenommen. Schon bisher hat sich allerdings gezeigt, dass ‚out of the box‘ kein Hersteller die gestellten Anforderungen erfüllen kann. Ende November 2021 war im IT-Rathaus eine erste Testinstallation einer ‚Koffer‘-Lösung aufgebaut worden; die ersten Ergebnisse waren negativ und der Aufbau stellte sich als nicht praxistauglich heraus.

it@m hatte im Laufe des Jahres 2021 in einem Vor-Ort-Termin beim BA 7 eine typische Sitzungskonstellation besichtigt. In 12/2021 wurde mit dem Vorsitzenden des BA 12 die dortige bereits angewandte Lösung für hybride Sitzungen erörtert: Der Bereich Veranstaltungstechnik beim Kulturreferat hatte Tontechnik bereitgestellt, die von einer beauftragten externen Kraft während der BA-Sitzung betreut wurde. Leinwand und Beamer für die Bildprojektion wurden von der Schule zur Verfügung gestellt, in deren Räumen die Sitzung stattfand. Kameras (zwei Stück) und Laptops zu deren Steuerung hatte der BA-Vorsitzende selbst beigesteuert.

Dieses Beispiel hat gezeigt, dass ein Lösungsansatz mithilfe von Medientechnik (Kamerabild via HDMI an Video-Mischer übertragen) deutlich vorteilhafter ist, als die Aufgabenstellung mithilfe der zunächst vorgesehenen Konferenztechnik zu lösen; eine Bildmischungssoftware ist in diesem Fall deutlich komplexer in der Bedienung als ein Hardware-Video-Mischpult. Deshalb wird das IT-Referat für die hybriden BA-Sitzungen seine Recherchen nunmehr auf Medientechnik ausrichten. Die Bestellung der Test-Medien-Hardware erfolgte noch in 2021. Mit Lieferung der Produkte werden die Tests einer Kofferlösung fortgesetzt.

Der Änderungsantrag der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN / ROSA LISTE und SPD / Volt in der Sitzung des IT-Ausschusses am 21.07.2021 zum Beschluss „Digitalisierung heißt Teilhabe – München geht den nächsten Schritt“ kann derzeit in der Sache noch nicht erledigt werden. Die zeitliche Planung sieht vor, dass die Tests zu einer Lösung für hybride BA-Sitzungen im 1. Quartal 2022 abgeschlossen werden; die weitere Konzeptionierung und Fertigstellung sind für Q3/2022 vorgesehen.

3. Beteiligungen

Das Direktorium und der Gesamtpersonalrat haben einen Abdruck der Beschlussvorlage erhalten. Die Anmerkungen des Direktoriums wurden in die Beschlussvorlage eingearbeitet.

Korreferent und Verwaltungsbeirat

Die Korreferentin des IT-Referates, Frau Stadträtin Sabine Bär, der Verwaltungsbeirat des IT-Referates Herr Stadtrat Lars Mentrup sowie die Verwaltungsbeirätin von it@m, Frau Stadträtin Judith Greif, haben einen Abdruck der Beschlussvorlage erhalten.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

II. Antrag des Referenten

1. Der Antrag Nr. 20-26 / A 00953 „Digitalisierung heißt Teilhabe – München geht den nächsten Schritt“ der Fraktion DIE GRÜNEN - ROSA LISTE und SPD / Volt vom 26.01.2021 bleibt aufgegriffen bis zum 31.12.2022.
2. Der Antrag Nr. 20-26 / A 01318 „Pragmatische Lösung für Sitzungen der Bezirksausschüsse“ bleibt aufgegriffen bis zum 30.06.2022.
3. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Thomas Bönig
Berufsm. Stadtrat

IV. Abdruck von I. mit III.
über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt

z. K.

V. Wv. - RIT- Beschlusswesen